



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
29.05.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Theaterschiff  
Vorlage: 12/SVV/0810  
Fraktion DIE LINKE  
zur Erledigung
    - 3.1.1 Verlagerung des Theaterschiffes aus der Alten Fahrt in die Schiffbauergasse  
Vorlage: 13/SVV/0391  
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
  - 3.2 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit  
finanziellen Auswirkungen  
Vorlage: 12/SVV/0209  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
  - 3.3 Weiterführung des Gestaltungsrates  
Vorlage: 13/SVV/0229  
Fraktion Die Andere
  - 3.4 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild  
Vorlage: 13/SVV/0249  
Fraktion FDP
  - 3.5 Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)  
Vorlage: 13/SVV/0308  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 13/SVV/0312  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
  - 3.7 Änderung der Gesellschaftsverträge der Klinik Ernst von Bergmann Bad Belzig  
gemeinnützige GmbH und der Medizinischen Versorgungszentrum Bad Belzig  
GmbH  
Vorlage: 13/SVV/0314  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 3.8 Wahlalter 16 gut vorbereiten  
Vorlage: 13/SVV/0264  
Fraktionen SPD, FDP  
neue Fassung vom 05.06.2013  
zur Erledigung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Bericht zur Umsetzung der Strukturveränderungen im Büro für  
Chancengleichheit und Vielfalt  
aus HA 13.02.13 - TOP 4.11
- 4.2 Sachstandsbericht - Beauftragte/r für die Kooperation mit den Nachbarkreisen  
gemäß Beschluss: 13/SVV/0177
- 4.3 Sachstand zu den Gesprächen mit fairwiese e.V. (Wagenhausburg)
- 4.4 Ehrenamtspass mit Potsdam-Mittelmark  
Vorlage: 13/SVV/0354  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.5 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark im ÖPNV  
Vorlage: 13/SVV/0371  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 Wohnungsunterbringungskonzept für asylsuchende und geduldete Personen  
Vorlage: 13/SVV/0344  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umweltschutz
- 4.7 Unterbringung von Asylsuchenden  
Vorlage: 13/SVV/0379  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.05.2013**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

**Zurückgestellt** werden sollen:

- TOP 3.2 – Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen, da hier im Ausschuss für Finanzen eine Verfahrensweise verabredet wurde und der Antrag in der Sitzung am 21. August 2013 wieder aufgerufen wird.
- TOP 3.4 - Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild, da dieser auf Wunsch der Antragstellerin im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ebenfalls zurückgestellt wurde.

Er schlägt eine Erweiterung der Tagesordnung um **Informationen unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ zu folgenden Themen** vor:

- Anhörung zur Gegenfinanzierung der finanziellen Beteiligung der LHP an Projekten der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
- Stand der Diskussion zur Wahlkreisstruktur/ zu den Wahlkreiszuschnitten zur Kommunalwahl 2014
- Bericht bezüglich der Haltung des Landesdenkmalamtes im Hinblick auf den Erweiterungsbau Humboldt-Gymnasium
- Bericht zum „Eichenprozessionsspinner“

Zu den vorliegenden **Anträgen auf Rederecht zu TOP 4.6 und 4.7** erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift der 91. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29. Mai 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Theaterschiff Vorlage: 12/SVV/0810 Fraktion DIE LINKE**

Der Antrag wurde in den Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen.

Nach Kenntnisnahme der Mitteilungsvorlage, DS 13/SVV/039, Tagesordnungspunkt 3.1.1 erklärt Herr Dr. Scharfenberg den Antrag als durch Verwaltungshandeln **erledigt**.

#### **zu 3.1.1 Verlagerung des Theaterschiffes aus der Alten Fahrt in die Schiffbauergasse Vorlage: 13/SVV/0391 Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum**

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu vorliegende DS 13/SVV/0391 in der mitgeteilt werde, dass das Theaterschiff an den Standort Schiffbauergasse „verholt“ werde.

Anschließend beantwortet er die Nachfrage von Herrn Kirsch bezüglich der Bedingungen für das Restaurantschiff „John Barnett“. Hier seien Gespräche geführt worden, so dass das Theaterschiff zum 01.11.13 umgesetzt werde. Frau Dr. Schröter fragt nach, ob die Mitteilungsvorlage mit den Akteuren abgestimmt sei. Sie, so Frau Dr. Magdowski, habe Herrn Dr. Iffert von den Prüfergebnissen in Kenntnis gesetzt. Auf die Nachfrage zum genauen Standort des Theaterschiffes entgegnet sie, dass dieser sich zwischen der Floßstation und dem Theater befinden werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler bezüglich evtl. Lärmprobleme und einer möglichen Beeinträchtigung des Theaterbetriebes, verweist sie auf das vorliegende Lärmschutzgutachten aus dem sich keine diesbezüglichen Hinweise darauf ergeben.

### **zu 3.2 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen**

**Vorlage: 12/SVV/0209**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

**zurückgestellt**

### **zu 3.3 Weiterführung des Gestaltungsrates**

**Vorlage: 13/SVV/0229**

Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist auf das zustimmende Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen verbunden mit einer Änderung des Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Weiterführung des Gestaltungsrates (**Geschäftsordnung**) und der Neubesetzung der Sitze sicherzustellen zu prüfen, ob dass der Gestaltungsrat ...

Herr Klipp betont die Notwendigkeit einer Neubesetzung, um einen nahtlosen Übergang zu sichern. Er sehe es als problematisch an, in der Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung über einen neuen Gestaltungsrat zu beschließen und gleichzeitig eine Neubesetzung im oben genannten Sinne zu prüfen, in deren Ergebnis evtl. eine andere personelle Besetzung erfolgen müsste. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und dieser schwierigen Konstellation empfehle er eine Ablehnung des Antrags.

Herr Schüler hegt gegen den Antrag ebenso Bedenken, weil die Aufgabe des Gestaltungsrates die Beratung privater Bauherren bei ihren Bauvorhaben sei. Wenn jetzt die im Antrag genannten Aufgaben hinzukommen, gefährde das die Akzeptanz des Gestaltungsrates bei den Bauherren. Außerdem gehören diese Aufgaben originär in die Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Herr Wendt entgegnet darauf, dass Stadtgestaltung nicht bei der Architektur stehen bleiben solle. Herr Dr. Scharfenberg meint, dass es keine völlig neuen Aufgaben seien, sondern neue Aufgaben hinzugefügt werden. Wenn sich das im

Ergebnis der Prüfung bestätige, könnte der Gestaltungsrat um entsprechende Personen ergänzt werden. Ein Beispiel sei der soziale Aspekt, der seiner Meinung nach auch im Expertengremium Potsdam 22 eine Rolle gespielt habe. Er meine, der soziale Hintergrund habe einen hohen Stellenwert und könnte den Gestaltungsrat aufwerten.

Herr Heuer plädiert dafür, Bewährtes beizubehalten. Der Antrag sei aus seiner Sicht kontraproduktiv und verändere den Gestaltungsrat erheblich.

Dem schließt sich Herr Heinzel an, denn der Gestaltungsrat wurde nach fachlichen Prämissen ausgesucht und die im Antrag enthaltenen Anliegen werden in den Gremien beraten. Herr Kirsch erklärt, dass ein Bauherr Vorschläge erwarte, wie seine Architektur schöner und besser gemacht werden könne – alles andere seien städtebauliche Geschichten, die nicht in den Gestaltungsrat gehören.

Der Änderungsvorschlag aus dem Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen wird zur Abstimmung gestellt und mit 10 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend wird der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Weiterführung des Gestaltungsrates und der Neubesetzung der Sitze sicherzustellen, dass der Gestaltungsrat

1. neuere Entwicklungen in der Architektur in seiner beratenden Tätigkeit stärker berücksichtigt
2. in seinen Empfehlungen das Ziel der sozialen Durchmischung und Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigt (Alter und Lebensphasen der Bewohner/innen, sozio-ökonomischer Status und Lebensformen)
3. in seinen Empfehlungen die folgenden öffentlichen Belange in der Beratung mit berücksichtigt:
  - Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen, und kulturellen Infrastruktur (z.B. Ladenflächen, Gaststätten, Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen, Bandproberäume, Atelierflächen, etc.)
  - Verträglichkeit mit sich verändernden Anforderungen für Verkehr (insb. mehr Stellplätze für Fahrräder).

Die Aufgabenstellung und Geschäftsordnung des Gestaltungsrates sollen entsprechend überarbeitet werden und sind den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Zusammenhang mit den Punkten 2. und 3. ist weiterhin zu prüfen, inwiefern die fachliche Besetzung des Gremiums verändert bzw. erweitert werden muss.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis September 2013 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>11</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.4 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild**  
**Vorlage: 13/SVV/0249**  
Fraktion FDP

**zurückgestellt**

**zu 3.5 Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)**  
**Vorlage: 13/SVV/0308**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist auf seine dazu bereits in der Sitzung gegebene Begründung.

Frau Müller-Preinesberger erläutert, dass es einen diesbezüglichen Verordnungsentwurf des Bundesministeriums gebe, mit dem eine Verrechnung nicht verausgabter Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket mit den Zuweisungen für das Jahr 2013 angestrebt werde. Diese Verordnung werde am 05. Juli 2013 im Bundesrat erörtert. Da davon auszugehen sei, dass die Verordnung dort keine Zustimmung bekomme und der Vermittlungsausschuss angerufen werden müsse, werde erst im Oktober mit einer Entscheidung zu rechnen sein. Sobald diese vorliege, werde sie die Auswirkungen darstellen.

Herr Schüler führt aus, dass unter dieser Maßgabe eine monatliche Berichterstattung nicht sinnvoll sei und schlägt vor, dass der Oberbürgermeister über die Ergebnisse berichten solle.

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert grundsätzliches Einverständnis zu dieser Änderung. Trotzdem erschließe sich ihm der Zusammenhang zwischen den Restmitteln aus 2012 und der Neufestlegung der Beteiligung des Bundes in 2013 nicht.

Die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Änderung, dass umgehend über den Stand der Gespräche berichtet werde, sobald ein neuer Sachstand vorliege, wird vom Antragsteller übernommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Hauptausschuss ~~monatlich~~ **umgehend** über den Stand der Gespräche zum Umgang mit den nicht verausgabten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 800 T €) zu informieren.

Die Entscheidung über den Umgang mit diesen nicht verausgabten Mitteln trifft die Stadtverordnetenversammlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH**  
**Vorlage: 13/SVV/0312**  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Anschließend schlägt Herr Dr. Scharfenberg bezüglich der Aufsichtsratsbesetzung folgende **Änderung im § 8 Abs. 1 Buchstabe b)** vor:

acht elf Aufsichtsratsmitglieder, die von der Stadtverordnetenversammlung ...

Dieser Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Da dieser Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden hat, beantragt Herr Dr. Scharfenberg folgende **Änderung im § 8 Abs. 1 Buchstabe**

**c):** 3 Mitglieder, die von der **Stadtverordnetenversammlung** **Gesellschafterversammlung** auf Vorschlag von Fachverbänden **entsandt bestellt**

...

Dieser Änderungsantrag wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH gemäß Anlage, einschließlich der Änderung im § 8 Abs. 1 Buchstabe c).**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.7 Änderung der Gesellschaftsverträge der Klinik Ernst von Bergmann Bad Belzig gemeinnützige GmbH und der Medizinischen Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH**

**Vorlage: 13/SVV/0314**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Herr Schultheiß merkt dazu an, dass er bezüglich der Änderung des Gesellschaftsvertrages Bedenken habe, weil Stadt und Stadtverordnetenversammlung für Potsdam zuständig seien, der Landkreis Potsdam-Mittelmark dies unter Verweis auf einen ausgeglichenen Haushalt selber regeln könne und Potsdam die dafür aufzuwendenden Finanzen für andere Zwecke verwenden könnte. Deshalb werde er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf eine Tendenz in der Diskussion des Anliegens in Potsdam-Mittelmark, in der die Frage gestellt wurde, ob dies ein Tendenzbetrieb sein müsse und ein eigener Aufsichtsrat zu bilden wäre. Herr Grebner verweist in seiner Antwort darauf, dass es unbedingt ein Tendenzbetrieb sein müsse. Bezüglich des Aufsichtsrates führt er aus, dass es in keiner Tochter des Klinikums einen Aufsichtsrat gebe und dafür auch keine Notwendigkeit gesehen werde.

Die Beratung der Vorlage, so der Oberbürgermeister, erfolge in beiden Gremien parallel; er kenne diese Tendenzen in der Diskussion nicht.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Änderung der Gesellschaftsverträge der Klinik Ernst von Bergmann Bad Belzig**

gemeinnützige GmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH im Rahmen des Vollzuges des Kaufs der Geschäftsanteile in Höhe von 74,9% an der Johanniter-Krankenhaus im Fläming Belzig GmbH durch die Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 6

**zu 3.8 Wahlalter 16 gut vorbereiten**

**Vorlage: 13/SVV/0264**

Fraktionen SPD, FDP

neue Fassung vom 05.06.2013

zur Erledigung

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. Juni 2013 von Herrn Heuer vorgetragene **neue Fassung** und bittet um Wortmeldungen.

Frau Dr. Müller wiederholt ihre in der Stadtverordnetenversammlung vorgetragene Bitte, die Wahlen auch mit jungen Leuten nachzubereiten und dafür die finanziellen Mittel ebenso zu berücksichtigen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dazu ein Gesamtkonzept vorgestellt werde, in dem dieses Anliegen Berücksichtigung finde und finanziell unterstützt werde.

Die neue Fassung des Antrags wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

**Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, den Stadtjugendring bei der Ansprache von Schulen und Jugendeinrichtungen zu unterstützen, um diese zu einer Teilnahme an der U-18-Wahl zur Bundestagswahl zu bewegen. Für Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2014, bei denen erstmals das Wahlrecht ab 16 gilt, sollen die Erfahrungen der vergangenen Erstwählerkampagnen (wie „Ich wähle, weil...“) genutzt werden, um ebenso erfolgreich junge Menschen für die Ausübung des Wahlrechts sowie generell für Beteiligung zu begeistern. Dabei soll auch die Beteiligung junger Menschen und was dafür in Verwaltung und Politik nötig ist, eine Rolle spielen. Das aktuelle Projekt „Jugend? Macht! Politik...“ des Stadtjugendrings ist in diesem Sinne sehr zu begrüßen. Die Stadt Potsdam soll den Stadtjugendring hierbei unterstützen. Spätestens im Dezember 2013 soll der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung berichten, welche finanziellen Mittel hierfür erforderlich sind.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1 Bericht zur Umsetzung der Strukturveränderungen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt**

aus HA 13.02.13 - TOP 4.11

Frau Grasnack führt dazu aus, dass sich das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt auf dem Weg zur Qualifizierung der Beauftragtenarbeit als Querschnittsaufgabe befindet - unter Beteiligung der Betroffenen, der Stadtgesellschaft, Verbänden und Organisationen, sowie Politik und Verwaltung.

Der Aufbau der neuen Struktur des Büros sei in Umsetzung, wobei erfreulich ist, dass die Neubesetzung der Stelle der Beauftragten für Menschen mit Behinderung zum 1. August 2013 erfolgen könne. Die Stelle für einen/eine Sozialwissenschaftler/in, mit Aufgabenschwerpunkt Reporting (Inklusionscontrolling, Evaluation, Monitoring), sei bereits zum 1. Juni 2013 besetzt worden.

**zu 4.2 Sachstandsbericht - Beauftragte/r für die Kooperation mit den Nachbarkreisen  
gemäß Beschluss: 13/SVV/0177**

Der Oberbürgermeister gibt zur Kenntnis, dass diese Aufgabe an Herrn Jetschmanegg übertragen wurde und dies bis auf Weiteres auch als ausreichend erscheine. Wenn sich daran etwas ändere, werde es eine personelle Neuordnung geben.

Dies, so Herr Dr. Scharfenberg, entspreche nicht dem Anliegen des Beschlusses, dass sich jemand schwerpunktmäßig damit auseinandersetzen solle. Er bittet um eine erneute Berichterstattung im September/Oktober 2013.

**zu 4.3 Sachstand zu den Gesprächen mit fairwiese e.V. (Wagenhausburg)**

Wie bereits in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Fragestunde ausgeführt, so Herr Exner, gebe es eine neue Option zum Verbleib auf der Insel, die derzeit betrachtet werde. Bezüglich der Frage, von welchem Verkehrswert auszugehen sei, gebe es ein Gutachten, das an die Bewohner der Wagenhausburg übergeben worden sei. Im Weiteren seien bauordnungsrechtliche Fragen zu klären, die durch einen Anwalt geprüft werden – Ergebnisse seien bis Mitte August zu erwarten.

**zu 4.4 Ehrenamtspass mit Potsdam-Mittelmark  
Vorlage: 13/SVV/0354**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Bezug nehmend auf die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage führt Herr Dr. Scharfenberg aus, dass es das Anliegen gewesen sei, mehr zu machen. Dazu gebe es ein entsprechendes Interesse des Landkreises, die Angebote zu verschränken.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass es Gespräche gegeben habe und die Option sich der Ehrenamtskarte des Landes Brandenburg anzuschließen und z. B. die Gültigkeitsdauer von jetzt einem Jahr auf zwei Jahre zu verlängern.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese Thematik in einer der nächsten Gespräche mit dem Landrat anzusprechen und erneut im September/Oktober im Hauptausschuss zu berichten.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich der Anzahl der Nutzer wird

im Nachgang zur Sitzung wie folgt beantwortet (nachgereicht durch den GB):

Das Land Brandenburg hat die Ausgabe der ersten 50 Ehrenamtskarten durch Ministerpräsident Platzek am 16. April 2013 vorgenommen. Das für die Ausgabe zuständige Referat "Bürgerschaftliches Engagement" in der Staatskanzlei rechnet damit, die folgenden Ehrenamtskarten im Kontingent zu jeweils 200 Stück quartalsweise zu verschicken.

Potsdamer Ehrenamtliche machen im Durchschnitt einen Anteil von 20 % bis 25 % aus; eine genaue Sortierung nach Gebietskörperschaften nimmt das Referat aufwandsbedingt nicht vor, so dass nur geschätzt werden kann.

Alle in den Prozess "Ehrenamtskarte" involvierten Träger, Kreise, Partner, Agenturen und Fachstellen rechnen mit der Verteilung von rund 700 Ehrenamtskarten bis Endes des Jahres, im nächsten nochmal 1.000 Ehrenamtskarten.

Bei dem stichprobenartig ermittelten Anteil Potsdams von 20 % bis 25 % bedeutet das einen Umfang von rund 350 bis 500 Ehrenamtskarten-Inhaber/innen in 2013 und 2014. Die Karten sind zwei Jahre lang gültig und ermöglichen Vorteile bei inzwischen über 80 Partnern der Ehrenamtskarte in Potsdam, im Umland und darüber hinaus im ganzen Land.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.5 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark im ÖPNV**

**Vorlage: 13/SVV/0371**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau B. Müller bittet, erste Ergebnisse der in der Mitteilungsvorlage angeführten Abstimmungen in den Fahrplanwechsel im Dezember mit einfließen zu lassen und Fahrtzeiten des ÖPNV mit denen der Deutschen Bahn zu verknüpfen.

Herr Dörrie führt dazu aus, dass die Mitteilungsvorlage ein Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe darstelle und konkrete Veränderungen noch nicht bis zum Dezember eingepflegt werden können, da weitere Untersuchungen bis Anfang 2014 laufen. Die Optimierung der Fahrtzeiten mit denen der Deutschen Bahn spiele auf jeden Fall im Rahmen der Optimierung eine Rolle.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.6 Wohnungsunterbringungskonzept für asylsuchende und geduldete Personen**

**Vorlage: 13/SVV/0344**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umweltschutz

Eingangs werden die zu Beginn der Sitzung bestätigten Rederechte gewährt.

Frau Marianne Ballé Moudoumbou, Mitglied des Landesintegrationsbeirats, Sprecherin Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) e.V. mit Sitz in Potsdam spricht sich für eine weitestgehende Unterbringung in Wohnungen aus und meint, dass die Containerlösung im Gegensatz zum Integrationskonzept stehe.

Herr Ngninkelej, FIBB bemängelt die fehlende Integrationsmöglichkeit von Flüchtlingen, wenn sie in dieser Art untergebracht werden.

Frau Byssek, children Voice e.V. und Frau Tinney vom Flüchtlingsrat Brandenburg fordern den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten dazu auf, andere Lösungen zu finden.

**Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeister die Tagesordnungspunkt 4.6 und 4.7 zusammen zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch.** Er fordert gleichzeitig dazu auf, die verwendeten Begrifflichkeiten der Zielstellung anzupassen. Dabei sei die Bezeichnung „Lager“ eine eher unpassende Begrifflichkeit. Zwar passe auch Container als Bezeichnung für eine Unterbringung nicht, hierzu gebe es aber auch andere Beispiele, wo Menschen in diesen untergebracht seien. Anschließend erläutert Frau Müller-Preinesberger beide Mitteilungsvorlagen.

Namens des Migrantensrates führt Frau Kindelberger aus, dass die Vorschläge sorgfältig im Beirat abgewogen wurden und er die vorgeschlagene Variante mittrage, weil sie in ein Gesamtkonzept eingebettet sei und eine Übergangslösung darstelle.

Frau Müller fragt nach, ob der Migrantensrat mit den Betroffenen gesprochen habe. Eine Unterbringung im Heim über 10 Jahre, wie in einem der Rederechte dargestellt, müsse der Vergangenheit angehören. Bezüglich des jetzigen Standortes bemängelt sie die Verkehrsanbindung vor allem an den Wochenenden. Frau Kindelberger unterstreicht nachdrücklich, dass sich der Migrantensrat beständig und sehr umfassend mit den Betroffenen, ihren Sorgen und Ängsten befasse. Frau Müller-Preinesberger weist die Bemerkung bezüglich der Verkehrsanbindung zurück; diese sei auch an den Wochenenden sehr gut.

Herr Schüler bittet um eine Erörterung des Themas ohne Zorn und Eifer. Die Stadt habe hier eine akute Notlage, in der nach möglichst guten Lösungen gesucht werden müsse. Auch die Grünen bevorzugen eine Unterbringung in Wohnungen und halten an dem Ziel einer Aufenthaltsdauer von nicht länger als 12 Monate im Heim fest. Da auch im nächsten Jahr weitere Asylbewerber zugewiesen und untergebracht werden müssen, sei es eine Illusion, an Grundsätzen festhalten zu können. Damit bleibe keine Alternative als die Übergangsunterkunft - die Modulbauweise vermittele die Hoffnung, dass die Verweildauer eingehalten werde. Den gewählten Standort halte auch er für nicht glücklich und möchte die von Frau Müller-Preinesberger erwähnte Liste der geprüften Standorte zur Verfügung gestellt bekommen.

Frau Dr. Müller findet es bedauerlich, die Thematik unter den Vorzeichen und dem Zeitdruck diskutieren zu müssen. Sie meine, dass hier die Rede von zwei unterschiedlichen Dingen sei. Zum Einen gehe es um das Unterbringungskonzept als Handlungsmaß für die Kollegen der Verwaltung und zum Anderen stehe der konkrete Anlass zur Debatte, eine zugewiesene Anzahl von Asylbewerbern unterbringen zu wollen. Sich jetzt noch gegen das Wort „Container“ zu wenden, sei zu spät, weil das über die Pressemitteilung der Verwaltung schon verbreitet wurde. Frust sei auch durch die Kommunikation des Vorhabens über die Presse entstanden, vorbei an bestehenden Strukturen und an den Fraktionen. Außerdem seien unterschiedliche Zahlen im Gespräch und gebe es zahlreiche offene Fragen.

Herr Wendt verweist darauf, dass sicher auch andere Menschen mit Containerlösungen leben müssen. Trotzdem sei hier die Frage, wie mehr Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können, z.B. durch den Umbau von Gewerberäumen. Zu Prüfen sei auch, ob die Stadt nicht selbst Wohnungen für die Unterbringung anmieten könne. Darüber hinaus sei der Leitfaden zur Einschätzung der Wohnfähigkeit sehr kritisiert worden – auch ihm erschließe sich nicht der Zweck der Frage, ob bereits ein Mietverhältnis vorgelegen habe. Vielmehr sollte eine Vorabfrage, wie Flüchtlinge vorher gelebt haben, in den Leitfaden aufgenommen und stärker berücksichtigt werden.

Darauf eingehend führt Frau Müller-Preinesberger aus, dass es Asylbewerber gebe, die schon eine Wohnung hatten und sie aus unterschiedlichen Gründen wieder verloren haben. Dahinter liege eine vielfältige Problematik, so dass Nachsorgekonzepte gebraucht werden, um diese Aspekte berücksichtigen und darauf eingehen zu können.

Der Oberbürgermeister verweist auf eine in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September vorzulegende Beschlussvorlage und die bestehende Gelegenheit bis dahin die Dinge mit den Beteiligten öffentlich zu kommunizieren.

Herr Schubert führt aus, dass die Diskussion von Anfang an kritisch gewesen sei – nun aber werden Lösungen gebraucht und dazu könnten alle beitragen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es auch Handlungsbedarf aus den vergangenen Jahren gebe so wie z. B. die Umsetzung eines Forderungskatalogs der Flüchtlinge von vor einigen Jahren. Der Standortkatalog müsse allen Fraktionen zur Kenntnis und Prüfung übergeben werden; vielleicht gebe es doch noch eine bessere Lösung. Wichtig zu wissen sei auch, in welchem Zeitraum darüber alternativ gesprochen werden könne. Die Ausgestaltung der Unterkünfte sollte gemeinsam unter Berücksichtigung der einzelnen Bedürfnisse erfolgen.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, die Liste der geprüften Standorte der Niederschrift als Anlage beizufügen und den Fraktionen vorab zur Kenntnis zu geben. Bezüglich der Zeitschiene, so der Oberbürgermeister, sei nicht mehr viel Spielraum, da die Beschlussvorlage in die Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden müsse.

Die Mitteilungsvorlagen werden zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.7 Unterbringung von Asylsuchenden**

**Vorlage: 13/SVV/0379**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

siehe Tagesordnungspunkt 4.6

#### **neu Anhörung zur Gegenfinanzierung der finanziellen Beteiligung der LHP an Projektender Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**

Hierzu, so Herr Kümmel, sei ein Hearing für den 15. August 2013, 16:00 Uhr geplant, das extern moderiert und begleitet werden solle.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg betont der Oberbürgermeister, dass Tourismusabgabe und Bettensteuer parallel betrachtet und weitere Modelle einer Tourismusabgabe mit externen Sachverständigen beleuchtet werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert nach der Zeitschiene, dem Ablauf und den Vorbereitungsmöglichkeiten der Fraktionen, entgegnet der Oberbürgermeister, dass das Veranstaltungskonzept Anfang August vorliegen solle und zu diesem Zeitpunkt auch die Fraktionen informiert werden. Er bittet schon vorab evtl. Anregungen zu übermitteln sowie Informationen über die Städte, die aus Sicht der Fraktionen zum Vergleich herangezogen werden können. Er wolle Vertreter dieser Städte einladen, die ihre Lösungen erläutern werden.

Im Ergebnis der weiteren Verständigung sagt der Oberbürgermeister zu, den Fraktionen bis Freitag, 02. August 2013, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

**neu      Stand der Diskussion zur Wahlkreisstruktur/ zu den Wahlkreiszuschnitten zur Kommunalwahl 2014**

Herr Exner führt dazu aus, dass es einen Wahlkreiszuschnitt erst geben könne, wenn der konkrete Wahltermin feststehe. Allerdings gebe es bereits Vorüberlegungen, da die Beibehaltung der alten Wahlkreise auf Grund des Bevölkerungswachstums nicht mehr möglich sei. Tendenziell werde es wohl 6 Wahlkreise geben, da bei der Beibehaltung von 5, ein Wahlkreis auf beiden Seiten der Havel liege.

Den Fraktionen werden zum Ende der Sommerpause entsprechende Informationen zugeleitet. Zur Vorbereitung einer Beschlussvorlage bittet er um die Stellungnahme der Fraktionen.

Herr Dr. Scharfenberg fordert eine offene, transparente und frühzeitige Diskussion sowie die Vorlage der Vorschläge zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Herr Schubert verweist auf ähnlich geführte Diskussionen in der Vergangenheit. Es sei gut dies im Vorfeld zu tun und die Stellungnahmen der Fraktionen zu bündeln. Zu berücksichtigen sei eine vernünftige Vertretung aller Stadtteile.

**neu      Bericht bezüglich der Haltung des Landesdenkmalamtes im Hinblick auf den Erweiterungsbau Humboldt-Gymnasium**

Herr Richter führt dazu aus, dass es zum Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums keine Einigung zwischen der oberen und der unteren Denkmalschutzbehörde gebe und derzeit Gespräche mit dem Land zur Lösung des Konflikts geführt werden. Gelingt das nicht, werde es mit hoher Wahrscheinlichkeit Auswirkungen auf den Bauablauf geben.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass er Gespräche mit dem Staatssekretär geführt habe und diese am kommenden Montag fortgesetzt würden. Das Problem bei einer fehlenden Einigung sei die dann nötige Ministerentscheidung - was wiederum negative Auswirkungen auf den Zeitplan habe. Um diesen einhalten zu können, bedarf es einer Entscheidung bis zum kommenden Mittwoch.

**zu 5      Sonstiges**

### **Bericht zum „Eichenprozessionsspinner“**

Herr Dr. Wegewitz informiert, dass sich wieder neue Nester des Eichenprozessionsspinners bilden und er die entsprechenden Stellen in der Stadtverwaltung informiert habe. Als Antwort habe er erhalten, dass es sich um Einzelfallentscheidungen handele, wo Dippel ES eingesetzt werde. Er meine, die Stadt habe viel in die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners investiert – da sollte jetzt nicht nachgelassen werden.

Herr Schubert verweist auf seine Bitte, unbedingt Rückmeldungen an die Bürger zu geben, was ihm auch zugesichert wurde. Er habe eine Meldung abgegeben, aber keine Rückmeldung erhalten.

Der Oberbürgermeister dankt für die Information und bittet die Standortliste der betroffenen Bäume an Herrn Klipp weiterzugeben.

### **Wache Babelsberg**

Frau Müller-Preinesberger informiert über die Eröffnung des Alternativstandortes zur ehemaligen Wache in Babelsberg, der ab 1. Juli 2013 in der Tuchmacherstraße, am Montag, Dienstag und Freitag gemeinsam mit Polizei und Ordnungsamt besetzt werde.